Wien am 17.7.2015

Betrifft:

Wiederaufnahme einer Petition

Als ausgewiesene Zustellungsbevollmächtigte für die Petition

„Bewohnerfeindliche Bauträgerprojekte Liesing“

stelle ich hiermit den

A N T R A G

auf Wiederaufnahme des Petitionsverfahrens und begründe dies wie folgt:

Der Petitionsausschuss hat am 18.12.2013 von einer weiteren Verhandlung unserer am 19. 6. 2013 eingebrachten Petition „Bewohnerfeindliche Bauträgerprojekte Liesing“ Abstand genommen. Die Begründung verweist auf die eingeholten Stellungnahmen.

Wie die Volksanwaltschaft am 11. Juli 2014 festgestellt hat, ist bei dem von uns nur beispielhaft angeführten Projekt der RBM Rosenhügel ein Missstand in der Verwaltung der Stadt Wien festgestellt worden, insoferne als ein schlüssiges und nachvollziehbares Gutachten über das Äußere von Bauwerken und die allfällige Beeinträchtigung des örtlichen Stadtbildes durch ein Bauwerk (§ 85 Abs. 1 und 2 BauO für Wien) durch die MA 19 nicht erstellt und von der MA 37 offenbar auch nicht eingefordert wurde. Den Anrainern steht aber mangels „subjektiv öffentlicher Nachbarrechte“ kein diesbezügliches Beschwerderecht im ordentlichen Bauverfahren zu. Damit bleibt die Frage, ob die Bauten der BauO für Wien entsprechen, ohne Überprüfung.

Darüber hinaus enthalten die Stellungnahmen, auf Basis derer der Beschluss auf Nichtweiterverfolgung der Petition gefasst wurde, einige Unrichtigkeiten, die offenbar in der Sitzung des Petitionsausschusses nicht angesprochen und daher nicht aufgeklärt wurden und zwar:

Wenn Frau Vizebürgermeisterin und Amtsführende Stadträtin Mag. Maria Vassilakou ausführt, dass für das beispielhaft angeführte Bauvorhaben nicht um eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 69 Bauordnung für Wien angesucht wurde, weshalb von der Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen ausgegangen werden könne, geht dies insoferne am Problem vorbei, als bei einem

Bauvorhaben gemäß § 70 a der Bauordnung für Wien – wie dies bei dem Projekt erfolgt ist - ein derartiger Antrag gar nicht gestellt werden könnte. Auch wäre die Frage, ob ein Bauvorhaben der Bauordnung entspricht, von der **Baubehörde** zu überprüfen und kann nicht davon abhängig sein, ob ein **Bauträger** eine Ausnahmegenehmigung stellt oder nicht. In der Stellungnahme der Amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung findet sich keine Aussage zu der Frage, ob das Bauvorhaben von der äußeren Form her in das örtliche Stadtbild passt, diese Aussage konnte auch nicht getroffen werden, da das dafür notwendige Gutachten von der MA 19 nicht erstellt wurde. Da die einschlägigen Bestimmungen der Bauordnung laut Feststellung der Volksanwaltschaft nicht zur Gänze eingehalten wurden, ist die Stellungnahme von Frau Vizebürgermeisterin daher in zweifacher Hinsicht für eine Beurteilung durch die Ausschussmitglieder nicht ausreichend. Welche Auswirkungen die Einhaltung aller Bestimmungen der BauO auf die Genehmigung des Bauvorhabens gehabt hätte, ist daher derzeit nicht zu sagen.

- 2 -

- 2 -

In der Stellungnahme des Amtsführenden Stadtrates Dr. Michael Ludwig ist insofern eine irreführende Ausführung enthalten, als er feststellt, dass das Zutreffen der Voraussetzungen für die Fällung **eines** Baumes durch die MA 37 sachverständig beantwortet wurde. Tatsächlich sind etwa **sechzig** ausgewachsene Bäume gefällt worden unter der Auflage einer minimalen Ersatzpflanzung von lediglich 60 Bäumen. Wenn man dem gegenüberstellt, dass in unmittelbarer Nachbarschaft im Jahre 2010/2011 dem damaligen privaten Bauherrn für die Fällung **eines** Baumes, der etwa das gleiche Alter hatte wie die 60 nunmehr gefällten Bäume, eine Ersatzpflanzung von **14** Bäumen vorgeschrieben wurde, wäre zumindestens in diesem Punkt eine klarere Stellungnahme erforderlich gewesen.

Der Bezirksvorsteher für den 23. Bezirk Gerhard Bischof merkt an, dass die Einwände der Bewohner der Gegend „emotional“ nachvollziehbar sind, auch wegen der für diese Gegend großen und belastenden Baustelle. Im Hinblick auf das Fehlen eines nachvollziehbaren Gutachtens darüber, ob das Äußere der Bauwerke die einheitliche Gestaltung des örtlichen Stadtbildes stört, wäre zu beurteilen, ob diese „emotionalen“ Einwände nicht doch auf eine objektive Unvereinbarkeit der Bauwerke mit der Umgebung zurückzuführen sind.

Die Petitionswerber haben auf Seite 2 ihrer Erläuterungen sechs konkrete Punkte aufgezeigt - in ihren Augen Verletzungen der Flächenwidmung und der Bauordnung durch das beispielhaft angeführte Bauvorhaben - die die Anrainer aber im ordentlichen Bauverfahren mangels subjektiv

öffentlicher Nachbarrechte nicht bekämpfen können. Zu keinem einzigen Punkt wurde seitens der befragten Stellen eine konkrete Stellungnahme abgegeben.

Im Hinblick auf die vom Volksanwalt festgestellten Mängel bei dem beispielhaft angeführten Bauvorhaben, die im baubehördlichen Genehmigungsverfahren liegen, liegt der Verdacht nahe, dass auch bei anderen, von der örtlichen Bevölkerung als nicht in die Umgebung passenden Bauträgerprojekten ein gleichartiger Verfahrensmangel aufgetreten ist. Da hievon mehrere Magistratsabteilungen betroffen sind und der betroffenen Bevölkerung keinerlei Möglichkeit der Bekämpfung derartiger Verfahrensmängel gegeben ist, wäre eine inhaltliche Behandlung durch den Petitionsausschuss dringend geboten, dies insbesondere auch im Hinblick auf künftige gleichgelagerte Fälle.

(Dr. Ingeburg Streit)